

durch regionale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung erleichtert werden. Die Schwerpunkte der bisherigen Entwicklungshilfe der USA, der Sowjetunion und Chinas machen die Hinwendung zu den 25 am wenigsten entwickelten Ländern ebenfalls deutlich. Fast die gesamte Hilfe der Chinesen ging 1970 nach Tansania und Sambia sowie nach Pakistan. Fast die Hälfte der gesamten Hilfe der Sowjetunion erhielten Afghanistan, Indien und Ägypten. Die USA ließen 1970 sogar 93% ihrer Wirtschaftshilfe („supporting assistance“) laut „Time“ (15. 11. 71) Vietnam, Laos und Nigeria zukommen. Der Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD hat angesichts dieses Ungleichgewichtes in der Verteilung der Mittel im Oktober zwei Anregungen gemacht. Demnach sollen in Zukunft die Zielsetzungen in Form von *Mindestzahlen* für jedes einzelne Land festgesetzt werden. Damit würde man zweitens eine *bessere Verteilung und stärkere Zuwendung zu den bedürftigsten Ländern* ermöglichen. Diese Anregungen haben deshalb besondere Bedeutung, weil sie von einem Gremium stammen, dessen Mitglieder öffentlich und privat 98% der gesamten Entwicklungshilfe aufbringen. Dies wird wohl so lange bleiben, wie sich die kommunistischen Länder auf den Standpunkt stellen, sie seien nicht schuld an der Misere der Dritten Welt und deshalb in keiner Weise zu bestimmten Hilfeleistungen verpflichtet. Die „Gruppe der 77“ ließ ihre Kritik an dieser Haltung laut werden und forderte größere Hilfe besonders von den

Ostblockstaaten. Bulgarien und Rumänien allerdings bemühen sich seit einiger Zeit selbst um Mitgliedschaft im „Syndikat der Armen“, in dem bisher als einziges europäisches Land Jugoslawien vertreten ist.

UNCTAD III wird eine Fülle von Aufgaben zu lösen haben. Doch scheinen viele Teilnehmer schon vorher zu resignieren. Der *Uneinigkeit der Entwicklungsländer* stehen die auf den eigenen Vorteil bedachten entwickelten Länder gegenüber. Wenn es schon allein zwischen den Bonner Ministerien schwerfällt, eine einheitliche Strategie zu finden, so kann man sich ausrechnen, wie es im Weltmaßstab aussieht. In sechs Hauptausschüssen soll über den Themenkatalog verhandelt werden, der in langwierigen Vorverhandlungen auf 22 Punkte mit 20 Unterpunkten festgelegt wurde.

Die Vorbereitungen sollten sich aber nicht auf die Spezialisten beschränken. Gerade die zur Diskussion stehenden Fragen der Rohstoffpreise und der Arbeitsteilung, der Währungen und Quoten der Entwicklungshilfe sind von solcher Bedeutung für die Zukunft der Dritten Welt, daß alles getan werden müßte, um die Entscheidungen der Politiker zu erleichtern und die öffentliche Meinung zu bilden. Nur eine Revision der Hilfsprogramme, großzügige Zugeständnisse und eine positive Einstellung zur Entwicklungshilfe können auf Dauer einen Ausweg bieten.

Norbert Sommer

Nonkonformismus in der Sowjetunion

Zur Rolle der oppositionellen Literaten und Wissenschaftler

Zum vierten Mal wurde V. Bukovskij, 29 Jahre alt und einer der kompromißlosesten Vertreter der literarischen oppositionellen sowjetischen Intelligenz, am 5. Januar 1972 in Moskau zu zwei Jahren Gefängnis, fünf Jahren Arbeitslager mit verschärftem Regime sowie anschließender fünfjähriger Verbannung außerhalb Moskaus verurteilt. Die Anklage lautete auf „Verleumdung des politischen Systems der Sowjetunion“, „Untergrabung und Schwächung der Sowjetmacht“ und „versuchte Anstiftung zum Landesverrat“. Unter den letzten Punkt fielen angebliche Kontakte zu russischen Emigrantenorganisationen im Ausland, der Versuch, ein Vervielfältigungsgerät ins Land zu schmuggeln und zwei Offiziere der Armee zur Informationsübermittlung ins Ausland zu überreden. Das Strafmaß war das höchste, das verhängt werden kann.

Dieses Urteil und das Echo darauf in den westlichen Massenmedien rückten das Phänomen der innersowjetischen Opposition wieder einmal in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit. In den vergangenen fünf bis sechs Jahren hat sich dieser Nonkonformismus trotz weithin fehlender Organisation und ohne zentrale Führung zu einem innenpolitisch beunruhigenden Faktor entwickelt, dem die Partei mit verschärften Maßnahmen beizukommen sucht.

Die nonkonformistische literarische und wissenschaftliche Intelligenz

Die Anfänge dieses innersowjetischen Nonkonformismus verschiedenster Ausprägung gehen in die Zeit der Entstalinisierung unter N. Chruschtschow (seit dem 20. Parteitag 1956) zurück; er hatte seinen Schwerpunkt bei der

jugen literarischen Intelligenz. Der sozio-psychologische Hintergrund, auf dem dieses Phänomen überhaupt aufkommen und sich ausbreiten konnte, war die *partei-offizielle Verurteilung des Stalinismus*, dessen Terror aus den Erzählungen vieler Tausender von Rückkehrern aus den Arbeitslagern konkreter bekannt wurde und zur kritischen Auseinandersetzung gerade auf dem Gebiet der Literatur herausforderte. Die damit verbundene innenpolitische Lockerung ließ auch die Furcht zurückgehen. Zudem war die *junge Generation*, die ohne die Erfahrung des Stalinismus heranwuchs, kritischer und zugleich furchtloser.

Die bekannteste literarische Verarbeitung des stalinistischen Terrors war das Werk von A. Solženicyn „Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič“. Es wurde vom Chefredakteur der liberalen Literaturzeitschrift „Novij Mir“, A. T. Tvardovskij, 1962 veröffentlicht. Allerdings konnte dieser die Widerstände gegen die Veröffentlichung erst durch die Übersendung des Manuskriptes an Chruschtschow, dem eine solche Erzählung nicht unangelegen kam, und dessen Billigung brechen. Die Erzählung war eine „Sensation“. Schon an einem halben Tag wurden 100 000 Exemplare verkauft.¹ Nach Chruschtschows Sturz wurde die weitere Verbreitung des Ivan Denisovič verboten.

Eine Verhärtung der Fronten zwischen Partei und literarischer nonkonformer Intelligenz setzte ein, als die unter Chruschtschow erwachten und noch kurz danach gehegten Hoffnungen auf eine schrittweise Demokratisierung „von oben“ dahinschwanden. 1965 kam es zum *Abbruch der Entstalinisierung* durch die Parteispitze und zu erneuten

repressiven Maßnahmen. Als ein Beispiel für viele sei nur die Verurteilung des Literaturwissenschaftlers *A. Sinjavskij* und des Übersetzers *J. Daniel'* im Februar 1966 genannt. In der Propaganda spiegelte sich diese Wendung zu einem verschärften ideologischen Kurs im Schlagwort vom „ideologischen Kampf“ wider.

Doch die Wirkungen dieser Einschüchterungsversuche bei den Literaten blieben aus. Im Gegenteil, es kam zu einer *Welle von Protestschriften* an hohe Partei- und Regierungsfunktionäre, die nicht nur von einzelnen zum Teil bekannten Persönlichkeiten, sondern von ganzen Gruppen unterzeichnet waren und aufs schärfste den Prozeß sowie die ersten Ansätze einer Restalinisierung verurteilten. In diesem Protest bediente man sich hauptsächlich „juristischer Sachargumente gegen sowjetische Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens, die den Prozeß inszeniert hatten“². An ihm beteiligten sich nicht nur Vertreter der literarisch-künstlerischen, sondern auch der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz. Dieser Solidarisierungseffekt wurde zwei Jahre später bei einer ähnlichen Protestwelle gegen die Verurteilung von *A. Ginsburg*, *J. Galanskov*, *A. Dobrovolskij* und *V. Laškova* im Januar 1968 vollends deutlich (vgl. HK, Februar 1968, 98). 45 % der Unterzeichner von Protestschriften waren nach *A. Amalrik* „Wissenschaftler“³. Außerdem weitete sich die Kritik immer mehr zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Kritik aus.

„Verschärfter ideologischer Kampf“

Die Parteispitze erkannte diese Protestwelle als Ausdruck einer für sie nicht ungefährlichen Oppositionsbewegung und nahm zu erneuter Verschärfung ihre Zuflucht. Sie bot einen ganzen *Fächer gestufter* Maßnahmen auf: Ausschluß aus dem Berufsverband oder der Partei, Verlust des Arbeitsplatzes oder die Androhung dieses Verlustes, Säuberung von Zeitschriftenredaktionen und Theaterkollektiven, Zwangseinweisung in psychiatrische Kliniken sowie — 1966 — die Aufnahme des neuen Artikels 190 in das Strafgesetzbuch der RSFSR. Mit der letzten Maßnahme wurden die juristischen Voraussetzungen für eine scheinlegale Strafverfolgung dieses neuen Phänomens von Protest, Demonstrationen und Untergrundliteratur geschaffen.

Hinzu kamen 1968 der Prager Frühling und die Studentenunruhen in Polen (vgl. HK, Mai 1968, 210—212; 244; Juni 1968, 263—265). Diese gespannte außen- und innenpolitische Gesamtsituation veranlaßte das April-Plenum des ZK der KPdSU 1968 zu einer erneuten Verschärfung des ideologischen Kampfes. Seitdem ist der Terminus „verschärfter ideologischer Kampf“ in der sowjetischen Presse zu einem immer wiederkehrenden Schlagwort geworden. Ansonsten sucht sie das Phänomen totzuschweigen oder herunterzuspielen. Die Opposition wird „Einzelnen“, „isolierten Personen“ und „politisch Unreifen“ zugeschrieben oder als Ausgeburt feindlicher Propaganda zur Diffamierung des Sowjetsystems abgetan. Namen werden schon gar nicht genannt. Eine Ausnahme bildete die Attacke der „Pravda“ (17. 12. 70) gegen *A. Amalrik*, der im November 1970 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Im vergangenen Jahr griff das Regierungsblatt „Izvestija“ (18. 3. und 24. 10. 71) die internationale Organisation für politische Gefangene, Amnesty International, wegen ihrer Berichte über die illegale Zwangs-

behandlung gesunder Menschen in psychiatrischen Kliniken scharf an.

Doch diese erneute Verschärfung brachte die Stimme der nonkonformen Intellektuellen nicht zum Schweigen, ja sie führte zu einer Versteifung des Widerstandes. Man wich noch stärker in den *Untergrund* aus und veröffentlichte in maschinengeschriebenen Kopien ohne Parteizensur Gedichte, Erzählungen, literarkritische Werke ebenso wie historische und politische Abhandlungen und Essays, Theaterstücke, Memoiren, Flugblätter u. ä. Die Autoren selbst ziehen jedoch den Terminus „inoffizielle“ bzw. „unzensurierte“ Schriften dem der Untergrundliteratur vor. Seit Anfang 1967 bürgerte sich für diese Literatur der Ausdruck „Samizdat“ (Selbstverlag) ein. Im Frühjahr 1968 kam ein oppositioneller Nachrichtendienst hinzu, die „Chronik der aktuellen Ereignisse“, die Informationen über Verhaftungen, Gerichtsprozesse und alle Verletzungen der Menschenrechte und der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten, soweit möglich, sammelt und bis heute regelmäßig alle zwei Monate veröffentlichen konnte.

Im Juni 1968 wurde das Memorandum des sowjetischen Atomwissenschaftlers *A. Sacharov* „Gedanken über den Fortschritt, die friedliche Koexistenz und die geistige Freiheit“ (vgl. HK, November 1968, 545) bekannt. Dieses Memorandum sowie die Gründung eines Komitees für die Menschenrechte durch die drei sowjetischen Physiker *A. Sacharov*, *V. Chalice* und *A. N. Tverdochlebov* im November 1970 (vgl. HK, Januar 1971, 53) sind ein weiteres Anzeichen für die Weiterentwicklung des kulturpolitischen zum gesellschaftspolitischen und ideologischen Nonkonformismus durch die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz.

Parteitag und Schriftstellerkongreß

Neben diesen Protestbewegungen gibt es auch den *kirchlichen Widerstand* gegen die Religionspolitik der Regierung wie gegen die eigene konforme Kirchenführung in der russisch-orthodoxen Kirche (vgl. HK, August 1971, 374—378) wie auch bei den „illegalen“ Reformbaptisten (vgl. HK, August 1970, 370—374). Mehr nationale Untertöne hat die Opposition unter den Ukrainern, den Krimtataren und anderen nichtrussischen Völkern, die sich gegen die Russifizierungspolitik wehren. Seit Anfang 1970 gibt es z. B. eine ukrainische „Chronik“, den „Ukrainskij Visnyk“ (Ukrainischer Bote).

Im vergangenen Jahr scheint sich die Haltung der Partei oder zumindest ihres z. Z. bestimmenden Flügels einer weitergehenden Restalinisierung widersetzt zu haben. Auf dem 24. Parteitag im April 1971 wandte sich *Brežnev* sowohl gegen alle weiteren Versuche einer literarischen Auseinandersetzung mit der stalinistischen Vergangenheit als auch gegen das andere „Extrem“, die Vergangenheit „reinzuwaschen“. Zugleich aber bekräftigte er das *Prinzip des sozialistischen Realismus und der Parteilichkeit* und damit eine Politisierung der Literatur. Er drohte die „Verachtung der Gesellschaft“ denjenigen an, die es wagen, die „sowjetische Wirklichkeit zu verleumden“. Dieses Lavieren zwischen links und rechts deutet die Zwickmühle an, in der sich die Partei gegenüber dem innersowjetischen Nonkonformismus befindet. An der ideologischen Kontrolle wird jedoch weiter festgehalten.

Daß diese in verschärfter Weise auch durch den *Schriftstellerverband* ausgeübt werden soll, deuten einige klei-

ner, aber bezeichnende Änderungen in dessen Statuten an, die auf dem fünften Allunionskongreß (29. 6. bis 2. 7. 1971) formell zwar nur vorgeschlagen, aber praktisch dadurch schon genehmigt wurden. Der „ideologische Kampf“, den der Verband zu führen hat, wurde zum „offensiven ideologischen Kampf“ abgeändert. Die „Entwicklung einer objektiven Literarkritik mit hohen Grundsätzen“ soll zu einer solchen mit hohen „Parteigrundsätzen“ werden. Die gewünschte Verjüngung der Verbandsmitglieder wurde dadurch abgesichert, daß über Aufnahmeanträge nicht mehr — wie früher — geheim, sondern öffentlich abgestimmt werden muß. Am bedeutendsten jedoch ist wohl die Änderung des Tagungsrythmus. Anstatt alle vier Jahre soll der Verband in Zukunft — wie der Parteitag — alle fünf Jahre zusammentreten, und zwar kurz nach dem Parteikongreß. Damit kann der Schriftstellerverband seine Linie mit den jeweils neuesten Parteitagbeschlüssen in Einklang bringen.

Drei Grundrichtungen

Von welchen *Zielvorstellungen* läßt sich diese inner-sowjetische Opposition, deren Entwicklung nur in groben Umrissen angedeutet werden konnte, leiten? Amalrik hat bei allen Differenzen im einzelnen drei Grundrichtungen unterschieden: 1. die „wahren Marxisten-Leninisten“, 2. diejenigen, welche eine „christliche Ideologie“ verfolgen, und 3. die, die eine „liberale Weltanschauung“ vertreten. Die wahren Marxisten-Leninisten werfen dem Regime eine Verzerrung der Ziele der marxistisch-leninistischen Ideologie vor. Die Gesundung der Gesellschaft kann ihrer Meinung nach nur von einer Rückkehr zu deren Prinzipien kommen. Sie fordern daher die ungeschmälerte Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie und Toleranz gegen Andersdenkende nach Maßgabe der sowjetischen Verfassung. Zu dieser Richtung gehört z. B. *P. Grigorenko*.

Die zweite Richtung, die Amalrik als „christliche Ideologie“ bezeichnet, will in erster Linie die christliche Moral im öffentlichen Leben verwirklicht wissen. Er versteht darunter jedoch keine „religionsphilosophische oder kirchliche Ideologie“, sondern eine „politische Doktrin“. Die „Liberalen“, zu denen Amalrik z. B. *P. Litvinov* und mit Einschränkungen den Atomphysiker A. Sacharov rechnet, streben eine Angleichung der gesellschaftlichen Entwicklung an eine Demokratie „westlichen Typs“ an.

Diese Charakteristik Amalriks gibt jedoch nur allgemeine *Grundlinien* an, soweit sie sichtbar geworden sind. Daneben existieren andere Konzeptionen, vor allem in den mehr national und kirchlich orientierten Gruppen. Ein Programm wurde erst 1969 entwickelt. Es ist unterzeichnet von den „Demokraten Rußlands, der Ukraine und des Baltikums der UdSSR“⁴. Dennoch scheinen sich die Zielvorstellungen in den Gruppen allmählich auf einen *gemeinsamen Nenner* zuzubewegen: die Schaffung eines nicht nur nominellen Rechtsstaates, in dem die Menschenrechte respektiert werden. Den neuralgischen Punkt bilden dabei jene Rechte, die in Artikel 19 der allgemeinen Menschenrechtserklärung ausgesprochen sind und den die „Chronik“ bezeichnenderweise zu ihrem Motto gewählt hat: die Achtung des Rechts der freien Meinungsäußerung, des Rechts, Informationen und Ideen ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben.

Mehr auf moralisch-humanitärer Ebene liegen die Ziele der literarischen Intelligenz: Wahrheit, Gerechtigkeit und

Legalität. „Ich werde nicht aufhören, für Legalität und Gerechtigkeit zu kämpfen“, erklärte V. Bukovskij in seinem Schlußwort im eingangs erwähnten Prozeß. Und A. Solženicyn hielt noch am Grabe des im Dezember 1971 verstorbenen, zum Rücktritt gezwungenen Chefredakteurs von „Novij Mir“, A. T. Tvardovskij, eine Anklagerede gegen die Verlogenheit des Systems. „Jetzt heuchelt die ganze Sippschaft des Schriftstellerverbandes Mitgefühl, und jener Haufen stellt die Ehrengarde, der ihn mit seinem ruchlosen Geschrei zur Strecke gebracht hat. Ja, es ist ein alter, sehr alter Brauch bei uns. . . Der tote Dichter fällt in die Hände seiner Feinde, und sie bemächtigen sich eifertig seines Körpers und decken ihn mit windigen Reden zu“ (zit. nach „Die Zeit“ 14. 1. 72).

In-Frage-Stellung des Systems?

Schon die große Vielfalt der Reformvorstellungen zeigt, daß es kein organisatorisch-ideologisches Zentrum, *keine einheitliche Strategie* unter den Gruppen gibt. Was sie miteinander verbindet, ist das Bewußtsein von der Reformbedürftigkeit des Systems. Im allgemeinen verstehen sie sich nicht als Revolutionäre, die den Umsturz planen. Wie aus den z. T. bekanntgewordenen Protokollen der Prozesse ersichtlich ist, weisen alle Angeklagten den Vorwurf der „antisowjetischen Tätigkeit“ energisch zurück. Sie stellen sich bewußt auf den Boden der Verfassung und nehmen die ihnen nominell zugesprochenen Rechte auch in Anspruch. Zugleich haben die oppositionellen Intellektuellen durchweg eine sehr genaue Kenntnis der einschlägigen Gesetze und Verfassungstexte, die sie aus dem Gedächtnis zitieren können und womit sie die Richter während der Verhandlung oft ins Unrecht zu setzen vermögen. Dadurch aber können sie die Illegalität der Strafverfolgung und vor allem der Methoden des Staatssicherheitsdienstes (KGB) sowie viele formaljuristische Fehler der Prozesse, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, aufweisen. Dennoch läßt sich fragen, ob der Protest gegen die ständige Verletzung der Legalität in seiner letzten Zielspitze nicht doch eben gegen das politische System als solches gerichtet ist, ja gerichtet sein muß, das eine solche Verletzung zuläßt. Das 1969 im Westen bekanntgewordene *Programm der „Demokraten“* läßt eigentlich nur diesen Schluß zu.

Gerade diese letzte dem Protest immanente Konsequenz muß bei der durchaus geschichts- und traditionsbewußten sowjetischen Führung größte Besorgnis auslösen. Sicher, noch bedeutet die Reformbewegung keine unmittelbare Gefahr; eine Solidarisierung mit der großen Masse der Arbeiter und Bauern steht noch aus. Nach Amalriks Analyse bedürfte es dazu einer größeren wirtschaftlichen Erschütterung. Andererseits zeigt der Text des bereits erwähnten „demokratischen“ Programms, daß in ihr „verschiedene soziale Schichten, Berufe und Nationalitäten sowie verschiedene Überzeugungen“ vertreten sind: „Materialisten und Idealisten, Atheisten und Gläubige, Sozialisten, Kommunisten und Nationalisten“.

Das Dilemma der Partei

Diese zunehmende Solidarisierung bringt die Parteiführung in eine schwierige Situation. Gerade auf die Naturwissenschaftler ist das System in seinem Bestreben nach Modernisierung und Rationalisierung von Industrie und Wirtschaft, der Basis seiner Macht angewiesen.

In einem programmatischen, sehr gemäßigten Appell der drei sowjetischen Wissenschaftler *A. Sacharov*, *V. F. Turčín* und *Ž. V. Medvedev* an die Parteiführung im März 1970, der die Führungsrolle der Partei unangetastet läßt, findet sich auch die Aussage, daß die wirtschaftliche Stagnation und der damit verbundene immer größer werdende technologische Rückstand gegenüber den westlichen Industrienationen auch systembedingt sei. Ohne Informations-, Diskussions- und Gedankenfreiheit, ohne internationale Kontakte und ohne Aufhebung der Zensur sei ein technisch-wissenschaftlicher Fortschritt undenkbar⁵. Im Bulletin des Komitees für Menschenrechte, dessen Nummern eins bis acht in der Sowjetunion zirkulieren und demnächst im Westen erscheinen werden, heißt es lapidarisch, „... der wissenschaftliche und industrielle Fortschritt erfordert einen hohen Grad von schöpferischer Freiheit, die von den übrigen Freiheiten des Menschen nicht getrennt werden kann.“

Damit aber wird die sowjetische Führung vor die *Alternative* gestellt, entweder gegen die oppositionelle technisch-wissenschaftliche Intelligenz mit äußerster Härte vorzugehen, damit aber auch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt u. U. beträchtlich zu verlangsamen und in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig zu werden oder aber wie vorsichtig und langfristig auch immer eine Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Systems auf eine Demokratisierung hin zuzulassen. Hinzu kommt die Gefahr, daß eine Verschlechterung der Konsumversorgung der Bürger zu einem Ausbruch der ohnehin schon angestauten Unzufriedenheit führt. Die Arbeiterunruhen in Polen im Dezember 1970 waren in dieser Hinsicht ein warnendes Signal.

Bisher hat die Sowjetführung allerdings versucht, mit einer *Politik des dosierten Drucks* beide Extreme zu vermeiden. Man fiel zwar nicht in einen Stalinismus alter Prägung zurück, hielt aber unvermindert am harten Kurs

fest. Doch dieser Kurs hat bis heute zu keiner erkennbaren Schwächung der innersowjetischen Opposition geführt. Im Gegenteil, sie vertiefte sich. In diesem Dilemma liegt einer der Gründe, weshalb die Sowjetführung das Phänomen der Opposition sehr ernst nimmt. Welchen Weg sie einschlagen wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, wieweit es der demokratischen Bewegung gelingt, auch in die höheren Führungskader der Partei selbst vorzudringen.

Darin sehen jedenfalls die drei erwähnten sowjetischen Wissenschaftler in ihrem Appell an die Parteiführung den einzigen „Ausweg aus den Schwierigkeiten, in denen sich unser Land befindet“: im „Kurs auf Demokratisierung, der von der KPdSU nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan durchgeführt wird. Ein Umschwung nach rechts, das heißt, ein Sieg der auf ein strengeres Administrieren, ein ‚Anziehen der Schraube‘, gerichteten Tendenzen kann die Probleme nicht lösen, er würde sie nur bis zum Extrem vervielfachen und unser Land in eine tragische Sackgasse führen. Ein passives Abwarten würde schließlich das gleiche Resultat haben. Heute gibt es für uns noch die Möglichkeit, den richtigen Weg einzuschlagen und die dringend nötigen Reformen durchzuführen. In einigen Jahren könnte es zu spät sein.“⁶ Die erneute Verschärfung des innenpolitischen Kurses in fast allen Ostblockländern, die im zweiten Halbjahr 1971 zu beobachten war, bietet aber keine hoffnungsvollen Anzeichen eines demokratischen Reformwillens.

I. S. Maslov

¹ C. Gerstenmaier, Die Stimme der Stummen. Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion, Seewald Verlag, Stuttgart 1971, 45.

² P. Hübner, Zur Lage der nonkonformen literarischen Intelligenz in der UdSSR, in: Osteuropa, Oktober 1971, 751—772.

³ A. Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? deutsch in: Monat, November 1969, 20.

⁴ Deutsch in: C. Gerstenmaier, 140—144.

⁵ A. a. O., 332—341.

⁶ A. a. O., 340 f.

Das Interview

Die Kirche und die Geschiedenen

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Synodenkommission IV, Prof. F. Böckle

Das Verhältnis der Kirche zu den Geschiedenen, die in einer zweiten Ehe leben, ist unter kirchenrechtlichen, pastoralen und bibeltheologischen Gesichtspunkten seit längerer Zeit in der öffentlichen Diskussion. Es gilt auch als eines der „heißen Eisen“ der Gemeinsamen Synode. Wir sprachen darüber mit dem Vorsitzenden der Synodenkommission IV, dem Bonner Moraltheologen Prof. F. Böckle (Bonn).

HK: Herr Prof. Böckle, Sie sind Vorsitzender der Synodenkommission IV „Ehe und Familie“. Diese Kommission trägt einen unauffälligen Titel, doch dieser Titel enthält ein ganzes Bündel kontrovers gewordener Themen von großer seelsorglicher und, man könnte auch sagen, gesamtgesellschaftlicher Aktualität, von denen sehr viele auch existentiell betroffen sind. Dennoch scheint gerade

diese Kommission bisher keine große öffentliche Resonanz gefunden zu haben. Täuscht dieser Eindruck? Wenn nicht, wie ist er zu erklären?

Böckle: Ich kann es selbst nicht beurteilen, ob es stimmt oder nicht stimmt, ob wir große öffentliche Resonanz gefunden haben oder nicht, das entzieht sich einfach meiner persönlichen Kenntnis. Die Öffentlichkeit wäre sicher, hätte sie an unseren Debatten teilnehmen können, brennend interessiert gewesen, über die Fragen zu hören, über die wir gesprochen haben. Daran, glaube ich, kann kein Zweifel sein. Wir haben aber, einer bestimmten Verabredung folgend, uns gesagt, bevor wir einigermaßen die grundlegenden Informationen gewonnen und ausgetauscht haben und einigermaßen auch die Linie kennen, in der wir unsere Entwürfe der Synode vorlegen wollen, hat es keinen allzu großen Sinn, die Papiere selbst schon an die